

Frank Beiersdorff

**Arbeitskreis Politische Bildung  
beim Bezirksvorstand Marzahn-Hellersdorf**

**Beiträge zur PROGRAMMDEBATTE der Partei DIE LINKE**

*Der Arbeitskreis Politische Bildung beim Bezirksvorstand unterbreitet den Mitgliedern des Bezirksverbandes Marzahn-Hellersdorf ein Angebot zur Beförderung der Programmdebatte der Partei DIE LINKE. Monatlich wird ein Faltblatt als Beigabe zu „Marzahn-Hellersdorf links“ für die Mitglieder des Bezirksverbandes angeboten, das zur Diskussion an der Basis anregen soll.*

Im vorhergehenden Beitrag habe ich im Zusammenhang mit neuen Herausforderungen für die LINKE **das bedingungslose Grundeinkommen** thematisiert.

**Hierzu wird es am 14.4.2010, um 19.30 Uhr in den Räumen der LINKEN Marzahn-Hellersdorf, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin eine öffentliche Diskussion zum Pro und Contra mit interessanten Gästen geben.**

**Im dritten Beitrag soll es diesmal um die Frage gehen: Haben wir/ brauchen wir als LINKE eine neue Vision einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus?**

Wie könnte diese aussehen? Wo soll/kann sie Bezug zur heutigen gesellschaftlichen Situation haben?

Der Kapitalismus mit der ihm inhärenten Wachstumslogik und den damit verbundenen Problemen untergräbt die Grundlagen der menschlichen Zivilisation. Im real existierenden Sozialismus und in der ihm zu Grunde liegenden Ideologie des „Marxismus-Leninismus“ glaubte man einst aber, allein mit der Abschaffung des Kapitalismus, letztendlich durch die Liquidierung der Kapitalinhaber, zu einer klassenlosen Gesellschaft zu kommen,

in der es dann keine grundlegenden Widersprüche im Reproduktionsprozess mehr geben würde. In theologischen Kategorien ausgedrückt, hieße das, wer gut funktionierte, konnte auf das „Paradies“ im „Jenseits“ hoffen, wenn nicht für sich, dann für die nachkommenden Generationen. Doch die Frage, inwiefern die Leninsche/Stalinsche Gesellschaftskonzeption bis hin zu von uns gepflegten Ritualen auch in orthodoxen, religiösen Vorstellungen fußte, steht hier nicht zur Debatte. Ein grundlegendes Problem des real existierenden Sozialismus war und ist aber die Negierung der bürgerlichen Demokratie und ihrer Institutionen statt ihrer positiven Aufhebung. An die Stelle öffentlicher Debatten um Entscheidungen, freier Presse und freier Meinungsäußerung, juristischer Nachprüfbarkeit von Entscheidungen und so weiter trat, um begrifflich an den russischen Zarismus anzuknüpfen, die Selbstherrschaft einer kleinen Gruppe bzw. eines einzelnen „herausragenden“ Führers mit dem entsprechenden Personenkult, letztendlich ein Rückgriff auf vorkapitalistische Herrschaftsformen, verbrämt als notwendig und gesetzmäßig im Übergang vom Kapitalismus über den Sozialismus bis ins angestrebte kommunistische „Paradies“. An Stelle einer wirklichen Vergesellschaftung der Produktionsmittel standen Verstaatlichung und Bürokratisierung. Das mochte in der Periode der opferreichen nachholenden Modernisierung im stalinistischen Sowjetrußland erforderlich gewesen sein, obwohl man gerade diese Epoche hinterfragen sollte. Das Zeitalter der Automation aber erforderte vor allem Qualität und Flexibilität, Fremdworte für in Ehren ergraute alte Herren mit Furcht vor allem Neuen. Noch fataler waren die ökologischen Folgen dieser Selbstherrschaft, die jede Information und Diskussion als existentielle Gefährdung der eigenen Macht ansah. Das avantgardistische Parteikonzept und das darauf basierende Gesellschaftsmodell ist gerade in Hinblick auf künftige Herausforderungen wohl endgültig gescheitert. Bei aller notwendigen Würdigung der historischen Dimension und bei allem Aufheben der positiven Erfahrungen derjenigen, die die DDR mit aufbauten, sollten wir uns auch programmatisch klar positionieren. Zumindest taugt es nicht als „Vision“.

Was wären aber nun Eckpunkte einer „neuen Vision“?

In aller Munde ist derzeit der „Klimawandel“, sagen wir es besser: Der Streit um den Umgang mit der bevorstehenden, durch die herrschende Produktionsweise verursachten Klimakatastrophe. Beim Thema wird die enge Verknüpfung von globaler und sozialer Gerechtigkeit immer deut-

licher. Dadurch wird auch klar, dass die ökologische und andere globale Fragen keine Nebenwidersprüche mehr sind bzw. sein können. Während ganze Staaten im Meer zu versinken drohen, leiden Abermillionen Menschen unter Wassermangel. Wer Geld hat, kann umziehen, dorthin wo keine Überschwemmungen drohen, ins Grüne, in Gegenden ohne Lärm oder gesundheitsschädliche Stoffe ...

Die Grünen, mit deren Geschichte und deren Grenzen man sich auch einmal näher beschäftigen sollte, fordern einen „Green New Deal“. Kern ist letztlich die Durchsetzung einer ökologischen Modernisierung durch neue, staatlich geförderte Investitionen und darauf basierend neue Wachstums- und Beschäftigungschancen. Dabei gibt es natürlich Anknüpfungspunkte, sofern sie bereit sind, mit der neoliberalen Hegemonie zu brechen. Dennoch muss DIE LINKE weiter gehen.

Es ist sicher zu befürworten, seinen Konsum zu hinterfragen, und auch wir sollten uns für ökologische und fair gehandelte Produkte einsetzen, dennoch lässt sich die ökologische Frage nicht ohne die soziale lösen.

Die Kosten des notwendigen ökologischen Umbaus müssen die tragen, die die Mittel dazu haben, sie müssen die Entwicklung nachhaltiger Ökonomien in den Ländern des Südens unterstützen. Ein entsprechender Know-How-Transfer auf gleichberechtigter Grundlage gehört ebenso dazu. Innerhalb des „reichen Nordens“ muss die Steuer-, Verkehrs- und Energiepolitik so gestaltet werden, dass der ökologische Umbau nicht zum Ausschluss der Ärmeren vom gesellschaftlichen Leben führt. Wer dazu weiter lesen will, dem empfehle ich die Zeitschrift „Prager Frühling“, Februar 2010, Herausgeberin Katja Kipping.

Schlüsselfragen für den von uns anzustrebenden Prozess einer sozialen und ökologischen Transformation zu einer neuen gesellschaftlichen Realität und damit Teil einer „neuen Vision“ wären für mich z.B.:

- Die Mobilisierung großer Einkommen und Vermögen und eine echte ökologische Steuerreform, die an der Quelle der Produktion ansetzt.
- Eine wirkliche Energiewende. Erneuerbare Energien können schon aus der technologischen Logik heraus vor Ort unabhängig von Großkonzernen produziert werden.
- Die Re-Regionalisierung von Wirtschaftsprozessen, Schaffung bzw. Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe bei gleichzeitigem Transfer entsprechenden Know-Hows (das Verhältnis zu Wirtschaft und zu Unternehmen wäre ein gesondertes Thema für uns!).

- Eine neue gerechte Verteilung der Arbeit inklusive Entkopplung von Einkommen und Erwerbsarbeit. Bei weitem nicht alle gesellschaftlich notwendige Arbeit wird derzeit vergütet. Ein Grundeinkommen für alle und Mindestlohn sowie radikale Arbeitszeitverkürzung schließen sich einander nicht aus, sondern sind sozial, ökologisch und ökonomisch sinnvoll und machbar.

Eng mit dem Thema Grundeinkommen muss auch eine hinreichende voraussetzungslose Grundsicherung für alle in den Sozialsystemen verbunden sein

- Gleichberechtigte Chancen des Zugangs zu Bildung und Kultur für alle einschließlich der Verankerung von Zielen nachhaltiger Bildung im umfassenden Sinne inklusive des Umgangs mit Konflikten
- Auf internationaler bzw. multinationaler Ebene Durchsetzung gleichberechtigter Entwicklungsmöglichkeiten statt nachholender kapitalistischer Modernisierung, Entwicklung und Stärkung von zivilen Konfliktlösungsstrategien, der sozial-ökologische Umbau im „Norden“ kann gleichzeitig zur Entschärfung alter Konflikte beitragen, denn letztendlich hatten alle Kriege der letzten Jahrzehnte wirtschaftliche Ursachen.

Diese Aufzählung ist natürlich unvollständig, beispielsweise fehlen so wichtige Felder wie soziale und individuelle Menschenrechte, Gleichberechtigung und Gleichstellung ....

Eines sollte deutlich werden: Die Linke braucht eine neue Strategie fürs 21. Jahrhundert. Die Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ bedeutet heute: „Entschleunigung“ und sozial abgefederte Begrenzung des Wachstums statt Ökodiktatur weniger Besitzender.